

NACHRICHTEN

Raiffeisen entlässt Bankleiter

MELS sda. Die 7400 Genossenschafter der Raiffeisenbank Mels haben diese Woche Post bekommen: Der Verwaltungsrat informierte die Kunden darüber, dass es bei einzelnen Konten zu Unregelmässigkeiten gekommen ist. Den Schaden verursacht haben soll der mittlerweile entlassene Bankleiter. Verwaltungsratspräsident Stefan Castelberg bestätigte auf Anfrage einen entsprechenden Bericht der Tageszeitung «Blick» vom Samstag. «Es sind rund zwei Dutzend Konti betroffen», sagte Castelberg zur Nachrichtenagentur SDA. Der Schaden lasse sich noch nicht beziffern. Es kämen keine Kunden zu Schaden.

Gegengewicht zu Moody's und Co.

MÜNCHEN sda. Die von der Unternehmensberatung Roland Berger konzipierte europäische Ratingagentur soll bis zum Sommer an den Start gehen. Sie soll ein Gegengewicht schaffen zu den Agenturen aus den USA. «Ziel ist es, bis Ende des ersten Quartals 2012 die Verträge zu unterzeichnen und im zweiten Quartal eine privat finanzierte, nicht gewinnorientierte Stiftung zu gründen», sagte Roland-Berger-Partner Markus Krall der Wirtschaftszeitung «Euro am Sonntag». Inzwischen hätten sich 30 institutionelle Investoren wie Banken, Versicherungen und Börsen aus ganz Europa bereit erklärt, rund 300 Millionen Euro Stiftungskapital zur Verfügung zu stellen. Die neue Ratingagentur soll transparenter als die US-Konkurrenz arbeiten und mit einer Haftung für den Fall von Fehlern versehen werden.

Brasilien steht vor Härtetest

KONJUNKTUR Nach einer Fülle von fetten Jahren bangt Brasilien um seine Wettbewerbsfähigkeit. Davon könnten künftig auch Schweizer Unternehmen profitieren.

SANDRA WEISS
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Inmitten der Krisennachrichten Europas wirkt Brasilien wie Hans im Glück: Auf seinem Vormarsch in die Riege der grössten Wirtschaftsmächte der Welt hat der südamerikanische Gigant inzwischen sogar Grossbritannien vom 6. Platz verdrängt. Während überall auf der Welt Arbeitsplätze verloren gingen, schuf Brasilien 2011 zwei Millionen neue Stellen. Um durchschnittlich 4 Prozent ist die Volkswirtschaft Brasiliens seit 2003 gewachsen, und dank staatlichen Sozialprogrammen ist eine konsumfreudige Mittelschicht entstanden, von der auch die Europäer profitieren.

Konjunkturprogramm soll helfen

Die deutschen Exporte nach Brasilien stiegen 2010 um 47 Prozent, die der Schweiz um 19 Prozent auf 3,2 Milliarden Franken. Der Handelsbilanzüberschuss erreichte mit 1,4 Milliarden Franken sogar einen neuen Höchstwert. Nun dürfte der Höhenflug gebremst werden. Im Vorjahr wuchs Brasilien nur noch um 3 Prozent; Volkswirtschaftler sagen eine weitere Abkühlung der Wachstumslokomotive voraus – doch das muss nicht unbedingt negativ sein für Europa.

2012 werde das brasilianische Modell auf eine harte Probe stellen, verkündete Präsidentin Dilma Rousseff. Deshalb hat die energische Staatschefin gleich ein keynesianisches Programm zur Ankurbelung der internen Nachfrage aufgelegt. Billige Hausbaukredite, Steuererleichterungen für mittelständische Unternehmen und Lohnerhöhungen gehören dazu. Und – die gute Nachricht



Landwirtschaftliche Produkte sind einer der Exportschlager Brasiliens.
Keystone/Diego Guidice

für die Importeure – auch Zollsenkungen auf Elektroartikel, landwirtschaftliche Maschinen und Nutzfahrzeuge. Doch ob das ausreichen wird, Brasiliens Wettbewerbsfähigkeit zu konsolidieren? Da müssten noch weitere Reformen hinzukommen, etwa die Bekämpfung der Korruption, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und eine Steuerreform, so der ehemalige sozialdemokratische Präsident und Wirtschaftssoziologe Fernando Henrique Cardoso.

Es fehlen Fachkräfte

Auch Brasiliens niedriges Bildungsniveau ist mittelfristig eine Wachstums- und Innovationsbremse, denn es sind nicht genügend Fachkräfte vorhanden. Seit kurzem hat sich Brasilien für gut ausgebildete Ingenieure und Manager

aus den USA oder Europa zu einer attraktiven Destination entwickelt. Zugleich suchen immer mehr brasilianische Studenten nach Studienplätzen im Ausland.

Die Steuern erreichen mit rund 35 Prozent in Brasilien fast europäisches Niveau – haben aber kein Pendant in der entsprechenden Infrastruktur oder einem vergleichbaren sozialen Netz. Steuerhinterziehung und Bürokratie blühen, die Gewalt ist hoch, der Reichtum extrem konzentriert, von der Lebensqualität Europas ist Brasilien noch Jahrzehnte entfernt. Die Kosten für Energie und Telekommunikation liegen im Spitzenfeld Lateinamerikas. Die Zinsen sind in Brasilien mit 11 Prozent so hoch wie fast nirgendwo auf der Welt und beschweren den Banken zwar Rekordgewin-

ne, bremsen aber die Kreditaufnahme für Investitionen. Vor einer «Deindustrialisierung» warnen einheimische Ökonomen deshalb und verweisen auf die strukturellen Verwerfungen der Handelsbilanz. Exportschlager sind Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte, während Brasilien vor allem Maschinen, Fahrzeuge und Konsumgüter importiert – aus der Schweiz kommen vor allem Maschinen, chemische und pharmazeutische Produkte. Die typische Struktur eines Entwicklungslandes.

Attraktiv für Direktinvestitionen

Eine Tendenz, von der Europas Exporteure profitieren können. Allerdings hat die brasilianische Regierung ein paar Stolpersteine wie Schutzzölle und andere protektionistische Hürden eingebaut. So müssen in Fahrzeugen beispielsweise mindestens 65 Prozent brasilianische Komponenten vorhanden sein, wenn der entsprechende Hersteller Steuererleichterungen in Anspruch nehmen will. Das ist mit ein Grund für die ungebrochene Attraktivität, die Brasilien für ausländische Direktinvestitionen aufweist (65 Milliarden Dollar 2011). Ein anderer sind die Megainvestitionen, die von Regierung und Privatwirtschaft derzeit getätigt werden: Staudämme, Fabriken, Strassen, Häfen, Raffinerien, Häuser und Stadien für die Fussball-WM und die Olympischen Spiele. Chancen können sich hier vor allem Konsortien ausrechnen, die mit einheimischen Firmen zusammenarbeiten.

Brasiliens Reiche schätzen Schweiz

Derzeit sind rund 300 Schweizer Firmen in Brasilien präsent. Der Grundstein für eine intensivere Zusammenarbeit ist gelegt: 2008 vereinbarten Brasilien und die Schweiz eine strategische Partnerschaft, ein Doppelbesteuerungsabkommen ist in Verhandlung. Und auch Brasiliens neue Millionäre wissen die Schweiz zu schätzen. Einem Bericht der Zeitung «O Estado de São Paulo» zufolge haben sie offiziell mehr als 6 Milliarden Dollar auf Schweizer Bankkonten geparkt.

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft

Es ist eine der ältesten Binsenweisheiten: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Grössere und grosse Geschenke ermöglichen nicht zu selten ganz neue «Freundschaften», auch solche Verbindungen, die ohne Zuwendung eventuell gar nicht zu Stande gekommen wären. Auch das überrascht nicht.

Dass es dabei gerade im Geschäftsleben nicht immer legal zu und her geht, kann mittlerweile täglich in der Presse nachgelesen werden. Was bei unseren Vorgenerationen noch ein komplettes Tabuthema war, ist heute fast schon eine gesetzte Meldung in der Tagespresse: Bestechung in all ihren Schattierungen.

Dass dabei derjenige, der besticht, nicht stärker ein Übeltäter ist als derjenige, der einknickt und sich bestechen lässt, hat man schon vor geraumer Zeit erkannt, auch im Gesetz:

So ist im Mai 2000 in der Schweiz das neue Korruptionsstrafrecht in Kraft getreten. Dieses deklariert die sogenannte aktive und die passive Bestechung, also bestechen und sich bestechen lassen, als Offizialdelikte zum Verbrechen, jedoch nur die Amtsträgerbestechung.

Die Privatbestechung, also Bestechungshandlungen zwischen privaten Akteuren, ist bislang im Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG) geregelt, und das mit einem gravierenden Unterschied: im Gegensatz zur Amtsträgerbestechung, welche ein Offizialdelikt ist und die Behörden verpflichtet, von Amtes wegen ein Verfahren einzuleiten, sobald sie von einem Delikt erfahren, wird Privatbestechung nur auf Antrag strafrechtlich verfolgt, sprich, diese wird von der Justiz nur untersucht, wenn Betroffene Anzeige erstatten. Und genau das soll sich nun ändern.

Die Rechtskommission des Nationalrates möchte, dass auch die Privatbestechung ein Offizialdelikt wird. Mit 14 zu 11 Stimmen hat die Kommission beschlossen, einer parlamentarischen Initiative von Carlo Sommaruga (SP, Genf) Folge zu leisten. Wichtig ist dies deshalb, weil die Privatbestechung sich

AUSSICHTEN

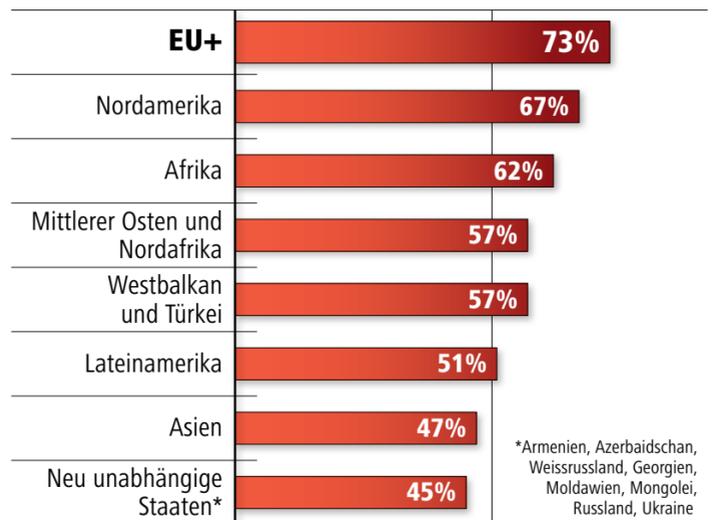
auf den Tausch von unlauteren Vorteilen zwischen Teilnehmern im Wirtschaftsleben bezieht. Das klingt vielleicht abstrakt und weit weg, ist es aber nicht: Bevorteilung von Lieferanten, Erkaufen von Aufträgen, überhöhtes Umschmeicheln von Kunden und vieles, vieles mehr sind nur einige wenige Facetten der Privatbestechung.

Bisher hatten die Unternehmen in aller Regel kein Interesse daran, Anzeige zu erstatten, damit ihre eigenen Missstände öffentlich zu machen und sich selbst ein Strafverfahren anzuhängen, selbst wenn das Unternehmen durch die Bestechung geschädigt wurde. Nachvollziehbar, denn wer liefert sich selbst gerne ans Messer. Als Folge spielt aber der Tatbestand der Privatbestechung in der Praxis der Strafverfolgung bis heute praktisch keine Rolle. Zu Unrecht.

Dass die Auswirkungen von Privatbestechung auf Unternehmen und Wirtschaft nicht weniger schädlich sind als jene der Beamtenbestechung, ist heute auch ökonomisch erkannt. Der gesetzliche Rahmen, wie verdeutlicht,

Anstieg der Korruption

Anteil der Befragten, die einen Anstieg der Korruption registriert haben, in Prozent



Transparency International hat 91 500 Menschen in 86 Ländern gefragt, ob die Korruption in ihren Ländern zwischen 2007 und 2010 angestiegen ist.

Grafik: Oliver Marx

trägt dieser Erkenntnis jedoch bisher nicht Rechnung. Jetzt könnte man argumentieren, dass eine gesetzliche Anpassung gar nicht dringlich und notwendig ist, weil Privatbestechung in der Schweiz kaum vorkommt. Das wäre schön, ist aber nicht so.

Wie in einer Umfrage für den Global-Corruption-Barometer 2010 der Transparency International erhoben wurde, haben 73 Prozent der Befragten im europäischen Raum (EU+) angegeben, dass Korruption in den vorangehenden drei Jahren zugenommen hat (siehe Grafik). Daran hat sich auch in der Zeit seit 2010 nichts geändert, denn sind die Märkte eng, floriert die Wirtschaftskriminalität.

Mit Blick auf die Schweiz zeigt der gleiche Barometer, dass die Befragten den privaten Sektor in der Schweiz als

den anfälligsten für Korruption nennen – und das zeigt den Handlungsbedarf klar auf. Eine Ausgestaltung der Privatbestechung als Offizialdelikt ist deshalb sehr zu begrüssen, auch wenn es eine offene, fast schon rhetorische Frage bleibt, ob der grassierenden Korruption mit irgendwelchen Normen Einhalt geboten werden kann: Wo eine Hand die andere wäscht und alle direkt involvierten Parteien profitieren, wird die Dunkelziffer immer hoch sein – sehr hoch.

HINWEIS

► Die Autorin, Sita Mazumder (41), ist Professorin für Banking and Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Dozentin und Projektleiterin im Bereich Diversity Management und Wirtschaftskriminalität am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). ◀

